

2333/J XX.GP

Anfrage der Abgeordneten Schaffenrath, Motter und Partner/innen
an die Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales
betreffend Entwicklung der Arbeitslosenrate bei Frauen seit Inkrafttreten des Bonus
Malus-Systems

Bis 1999 wird laut Angaben des Arbeitsmarktservice die Zahl der weiblichen Arbeitslosen
um ein Viertel auf 120.000 steigen. Die Erwerbsquote österreichischer Frauen ist mit 61%
im OECD Vergleich (75%) nicht nur deutlich unterdurchschnittliche, sondern seit
Jahren zum ersten Mal wieder rückläufig.

Die hohe Arbeitslosigkeit der Frauen ist durch unterschiedliche Faktoren bedingt wie zu
Beispiel, daß Frauen in industriell-gewerblichen Bereich vor allem im Strukturschwachen
Branchen arbeiten (Textil, Bekleidung, Leder, Nahrungsmittel), was längerfristig
überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit zur Folge hat oder aber im Dienstleistungssektor tätig
sind, wo die Arbeitslosenzahlen in letzter Zeit erst wieder angestiegen sind.

Doch auch Maßnahmen wie das Bonus-Malus-System, wirken sich in der Praxis für Frauen
kontraproduktiv aus, wie es auch aus der Stellungnahme der damaligen Präsidentin der
Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte Eleonara Hostasch hervorging:

"Da zeitlich auch das Erreichen der Altersgrenze für die vorzeitige Alterspension bei langer
Versicherungsdauer abgestellt wird, ergeben sich unterschiedliche Beträge für Männer und
Frauen. bei Frauen ist der Betrag weit geringer, da maximal 5 Jahre für die Berechnung
herangezogen werden, bei Männern sind dies aber 10 Jahre. Eine Lösung könnte darin
Bestehen, allgemein auf das 60. Lebensjahr zu verweisen."

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten folgenden
Anfrage

- 1.) Wie war die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen von Frauen, seit Inkrafttreten des
Bonus-Malus-Systems? (Bitte gliedern Sie die Zahlen je nach Bundesländer und folgenden
Altersgruppen 35 bis 39 -jährige, 40 bis 44 -jährige, 45 bis 49 -jährige, 50 bis 55 -jährige.)
- 2.) Trotz der von Ihnen befürchteten negativen Auswirkungen für Frauen haben Sie dem
Gesetz als nationalratsabgeordnete und Arbeiterkammerpräsidentin Ihre Zustimmung
gegeben. Wie beurteilen Sie diese Vorgangsweise hinsichtlich einer Vereinbarkeit mit der
von Ihnen deklarierten "frauenfreundlichen Politik" ?